

Erscheint wöchentlich 3 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Bokaufstalten und Buch-  
handlungen des In- und  
Auslandes an.  
Filial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
H. A. Sarge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
G. H. Pinnerer,  
98 S. Market str. cora.  
Madison str. Chicago, Ill.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Alle Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 Sgr., für die übrigen  
Deutschen Staaten 16 Sgr.  
pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 2. u.  
3. Monat u. auf den 3. Mo-  
nat besonders angenommen,  
im Rgr. Sachsen u. Herzth.  
Sachl.-Altenburg auch auf  
den 1. Monat à 5 1/2 Sgr.  
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 67.

Sonntag, 3. August.

1873.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate August und September zu 10% Neugroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch für Monat August allein zu 5 1/2 Rgr., für Leipzig für August zu 6 Rgr. bei der Expedition Zeilstraße 44, Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönsfeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei dem Uhrmacher Reinhard in Lindenau, für Klein-  
schöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegen genommen.

Parteiengenossen! ermüdet nicht, auch fernherhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.  
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## „Paragraph 20“ überflüssig.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem vornehmsten der offiziellen Organe Preußens, finden wir nachstehende Notiz (in Nr. 168):

„Das Obertribunal hat kürzlich über die Beziehungen des modernen Bürgers „Bourgeoisie“ zu den Bestimmungen des Strafgesetzbuches folgende Entscheidung abgegeben: Ein sozialdemokratischer Redner war wegen Friedensgefährdung durch Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung u. c. angeklagt worden: hierbei hatten die Instanzgerichte angenommen, daß er durch den Ausdruck „Bourgeoisie“ eine erkennbare Mehrheit von Personen, also eine „Klasse der Bevölkerung“ bezeichnet habe. Die hiergegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde hat das Obertribunal zurückgewiesen und dabei ausgeführt: Der § 130 des Strafgesetzbuches (Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten) setzt eine derartige Aufreizung gegen eine Mehrheit von Personen voraus, welche wegen gleicher Lebensstellung oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden betrachtet und deshalb unter einer gemeinschaftlichen Bezeichnung zusammengefaßt werden. Erforderlich ist dabei, daß die Mehrheit von Personen individuell erkennbar gemacht worden, und es läßt sich nicht läugnen, daß die in dem Worte „Bourgeoisie“ zusammengefaßte Mehrheit von Personen in genügender Weise äußerlich gekennzeichnet ist. Außerdem hat das Obertribunal dem Imploranten gegenüber ausgeführt, daß zur Anwendung des § 130 nicht erforderlich werde, daß in „als baldigen“ Gewaltthätigkeiten „direkt“ aufgefördert worden; es genüge vielmehr eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, also eine Einwirkung, welche geeignet sei, eine Mißstimmung gegen eine Volksschicht hervorzurufen, die zu einem gewaltthätigen Bruche des öffentlichen Friedens führen könne.“

Nach dieser Entscheidung des obersten preussischen Gerichtshofes hat der Bundesrath es nicht mehr nöthig, ein neues Vereins- und Pressgesetz zu erlassen, und kann ruhig den famosen Bismarck'schen Pressgesetzentwurf mit seinem famosen „Paragraph Zwanzig“ in den Papierkorb schieben. Der Gesetzesparaphrasen, welchen das Obertribunalgericht in obiger Weise „interpretirt“ hat, ist ein Theil des Reichsstrafgesetzbuches, also für das ganze geeinigte Deutschland gültig; und ist auch die Entscheidung des Obertribunals nicht absolut maßgebend für die Gerichte der anpreussischen Reichsländer, so ist damit doch ein schwerwiegendes Präjudiz geschaffen; und es unterliegt bei der Stellung, welche Preußen jetzt in Deutschland hat, keinem Zweifel, daß, wenn und sobald höchstens Orts der Wunsch besteht, die Interpretation des preussischen Obertribunals für das ganze preussisch-deutsche Reich Gültigkeit erlangen wird.

Wie auf den ersten Blick klar wird, thut diese Interpretation jede Kritik, die nicht eine lobende ist, in Bann. Der leiseste Tadel, selbst wenn er sich in der allgemeinsten Form nicht gegen bestimmte namhaft gemachte Individuen, sondern nur gegen „eine Mehrheit von Personen“ richtet, die durch eine „Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind“, fällt unter den Paragraph 130 des Reichsstrafgesetzbuches, welcher also lautet:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thaler oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.“

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Ungerechtigkeit des herrschenden Lohnsystems aneinandergesetzt — „Aufreizung“ gegen die Klasse der Arbeitgeber, „eine Mehrheit von Personen, welche wegen gleicher Lebensstellung oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind“: Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängniß bis zu zwei Jahren!

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird eine besonders standalöse Fabrikordnung, wir wollen nicht sagen gebrandmarkt, nein, bloß einfach abgedruckt oder verlesen — „Aufreizung“ gegen die Klasse der Fabrikanten, „eine Mehrheit von Personen, welche wegen gleicher Lebensstellung oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind“: Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängniß bis zu zwei Jahren!

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird das Dröndende des heutigen Militarismus rein sachlich, ziffermäßig hervorge-

hoben — „Aufreizung“ gegen die verschiedenen Kriegsmi-  
nister, Generale und höheren Offiziere, „eine Mehrheit von Per-  
sonen, welche wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke  
oder Interessen als verbunden zu betrachten sind“: Geld-  
strafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnißstrafe bis zu  
zwei Jahren!

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Trennung  
der Schule von der Kirche gefordert — „Aufreizung“ gegen die  
Klasse der Geistlichen (protestantische, alt- und neulutherische u.),  
„eine Mehrheit von Personen u. s. w.“: Geldstrafe bis zu  
200 Thaler oder Gefängniß bis zu zwei Jahren!

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Ansicht  
ausgesprochen, die Million Thaler des Reptilienfonds, welche jetzt  
notorisch für Bestechung und Polizeispionage verwendet wer-  
den, könnten eine dem Volkwohl förderlichere Verwendung finden  
— „Aufreizung“ gegen die Stieber, „Saubirten“, und son-  
stigen Reptilien des Reptilienfonds, „eine Mehrheit von Per-  
sonen, welche (unzweifelhaft) wegen einer Uebereinstimmung der  
Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten  
sind“: Geldstrafe bis zu 200 Thaler oder Gefängniß bis  
zu zwei Jahren!

In einer Zeitung oder Volksversammlung wird von der Un-  
sittlichkeit des Diebstahls und der höheren wie niederen Gaunerei  
und Spitzbüberei gesprochen — „Aufreizung“ gegen die (schreie  
Junst der „Gründer“ jedweder Art, „eine (leider sehr zahl-  
und einflußreiche) Mehrheit von Personen, welche durch gleiche An-  
sichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind“:  
„Geldstrafe bis zu 200 Thaler oder Gefängniß bis zu  
zwei Jahren!“

Und so fort nach Belieben und ins Unendliche: Keine nicht  
völlig indifferente oder lobende Aeußerung, die nicht unter diesen  
monströsen § 130 und die monströser Auslegung des preussischen  
Obertribunalgerichts zu bringen wäre!

Ja, dieser Paragraph 130 nach der Obertribunals-Interpreta-  
tion ist weit wirksamer, oder genauer ausgedrückt: hat ein weit  
größeres Wirkungsgebiet als das Pressgesetz mit „Paragraph 20“,  
sammt dem dazu gehörigen Vereins- und Versammlungsgesetz —  
denn er erstreckt seine Wirksamkeit nicht bloß auf die Presse und  
Versammlungen, sondern auch auf jede mündliche Privat-Aeuße-  
rung in der Straße, auf öffentlicher Promenade und in öffent-  
lichen Lokalen; und vor Allem auf sämtliche Erzeugnisse  
des Buchmarkts, auf jedes wissenschaftliche Werk! Darwin's  
Schriften — von einem Buch, wie dem Marx'schen  
„Kapital“ gar nicht zu reden — Humboldt's „Kosmos“, ja  
Schiller's und Göthe's Werke (man nehme z. B. den Faust!)  
sind eminent „aufreizend“ im Sinne des Paragraph 130 und des  
preussischen Obertribunals.

— Wird man der Theorie die Praxis folgen lassen? Wir  
wissen es nicht; was wir aber wissen, ist, daß der „Paragraph 130“,  
welcher sich wesentlich im „Code Napoleon“ befindet, und jen-  
seits des Rheines sehr streng und mit Obertribunals-Interpreta-  
tionskunst gehandhabt worden ist, drüben in Frankreich den Sturz  
von vier Thronen nicht gehindert hat; und daß Regierungen,  
welche eines Paragraph 130 bedürfen, sich sehr schwach fühlen  
müssen. —

## Politische Uebersicht.

— Die „verkommenen“ Franzosen. „Man muß sich un-  
verschämten Nation die Hände zusammenknüpfen, daß auch das  
Blut aus den Nägeln spritzt!“ So rief ein deutscher Professor  
der Aesthetik, Bisher in Stuttgart, den Franzosen zu, als es  
galt, den Nationalhaß zum „heiligen Krieg“ aufzustacheln, der „ge-  
sinnungstüchtigen“ nationalen Presse gar nicht zu gedenken, wo die  
Franzosen gepieselt und gehangen, gestochen und gebraten wurden.  
Jeder deutsche Philister mußte täglich zum Heiligtum auf der Bier-  
bank ein Duzend Franzosen verspeisen; anders ließ sich gar nicht  
mehr leben. Könnten wir bei dem deutschen Philistertum noch  
auf Scham rechnen, so würden wir heute zu Gunsten der Fran-  
zosen an dieselbe appelliren, aber so „verkommen“ sind „deutsche  
Männer“ selbstverständlich nicht, daß sie sich noch schämen  
könnten. Man höre: In Folge des Räumungsvertrages haben  
vor einigen Tagen die bayerischen Okkupationstruppen die Gegend  
von Sedan geräumt. Natürlich mußten dabei wieder „Gewalt-  
märsche“ gemacht und die armen Menschen im blauen Rod so  
geschunden werden, daß in Folge der afrikanischen Hitze ver-  
schiedene Todte — wenn wir uns recht erinnern, 11 Mann —  
und eine Unzahl Kranker auf dem „Marfch“ liegen blieben.  
Was thaten nun die „verkommenen Franzosen“? Ließen sie  
etwas die kranken Bayern liegen und verschmachten, wie es viel-  
leicht deutsche Patrioten mit kranken Franzosen gemacht  
hätten? oder schlugen sie dieselben gar tod? Die Antwort dar-  
auf gibt ein Telegramm des deutschen Kaisers nach Nancy an  
St. Wallier, welches in Sedan öffentlich angeschlagen wurde. In  
diesem Telegramm ersucht der Kaiser-König, den Bewohnern  
von Sedan seinen Dank für die liebevolle Behandlung  
der unglücklichen Bayern auszudrücken. Welche „Ver-  
kommenheit“ dieser Franzosen, die nicht einmal wußten, daß wenn  
sie als ächte Patrioten nach deutschen Begriffen hätten handeln  
wollen, sie den kranken Bayern hätten die Hände zusam-  
menschließen müssen, daß das Blut aus den Nägeln spritzte!  
Bei jedem andern Volk würde eine solche Aktion einen heilsamen  
Umschwung hervorrufen, der Nationalhaß würde sich mildern, aber  
die diesen Schädle „totes carrees“, unserer stierköpfigen  
Nigel, sind gegen solche Dinge gewappnet und wo dies nicht aus-  
reicht, da schmeißt die Reptilienpresse jede bessere Regung nieder.  
Eigenthümliche Streiflichter werfen diese Vorkommnisse auf die

„Humanität“, mit welcher unsere Vaterlandsvertheidiger im  
Frieden traktirt werden. War das bayerische Kommando ver-  
pflichtet, die auf dem „Marfch“ den Strapazen Liegenden dem  
Mitleid der französischen Einwohnerchaft zu überlassen, oder war  
dasselbe verpflichtet, selbst für seine Kranken zu sorgen? Welch  
ein Stüd „Kultur“, wenn man im Frieden die auf dem  
„Marfch“ erkrankten Soldaten in fremdem Land hilflos liegen  
läßt! Humanität scheint aber auch bei Andern, wo man dies nicht  
erwarten sollte, ein leerer Schall zu sein, wenn das Militär in  
Frage kommt. So schreibt ein Korrespondent der „Frankfurter  
Zeitung“ sehr kaltblütig aus München: „Der Generalstab hat  
seine Anordnung über die Heimkehr der bayerischen Truppen aus  
Frankreich dahin geändert, daß diejenigen Truppentheile, welche von  
den übrigen in ihrer Garnison hätten eintreffen sollen, die Eisen-  
bahn früher verlassen und die Reise in kurzen Fußmärschen  
fortsetzen, um es so zu ermöglichen, daß der Einzug in die Gar-  
nison gleichzeitig erfolge. Den zum feierlichen Empfang der heim-  
kehrenden Truppen aufgestellten Comités ist dadurch die  
Arbeit erleichtert und der Empfang selbst gewinnt an  
Feierlichkeit und an Bedeutung.“ Also damit die Empfangs-  
Comités leichtere „Arbeit“ haben und der Empfang an Umfang  
und Bedeutung gewinnen, werden die heimkehrenden Soldaten zu  
Fußmärschen verurtheilt! Wir meinen, man braucht den Empfangs-  
Comités, deren Mitglieder ja doch nur eine Uechnmünze in's  
Knopfloch haben wollen, die „Arbeit“ nicht so leicht zu machen.  
Die Soldaten sind Jahre lang im Felde gestanden und auch im  
Feuer gewesen, bis sie endlich jene Uechnmünzen erhielten. Nun  
müssen sie, damit verschiedene Patrioten ihre hungrigen Knopf-  
löcher mit leichterer Mühe speisen können, Fußmärsche machen!  
Vielleicht bleiben dabei auch wieder welche tod, d. h. sie sterben  
den glorreichen Tod für die — Arbeiterleichterung des Empfangs-  
comités. Ja, das schöne Land, wo solche Dinge vorkommen —  
„das schöne Land ist und bekannt, es ist — das deutsche Vater-  
land!“ —

Zur Presscorruption. In früheren Nummern bereits war  
im Allgemeinen von der Rolle, die das Literatenthum in der  
Spigeder-Affaire gespielt hat, die Rede. Von den in den Pro-  
zeßberichten gestreut liegenden Notizen über dieses Thema lassen  
wir zunächst das Nachstehende aus der „Volkszeitung“ folgen:

„Herr Fränkel, dramatischer Dichter, Redakteur verschie-  
dener Blätter und Buchdruckerbesitzer, hatte vorzüglich das von  
der Spigeder geplante Geschäft der Umgestaltung der „Westend-  
halle“ zu einem Theater in Händen und besorgte auch die für  
das Geschäft nöthigen Druckorten. Er stand in hohen Gnaden  
bei der Spigeder und hatte sie beständig angepumpt, ließ sich aber  
vom Teufel blenden, ein Gedicht zu machen, dessen erster Vers  
wörtlich lautet:

„Du hast Diamanten und Perlen,  
Bon Schwarzen ein ganzes Heer,  
Ein neues Köcklein zum Psfuden —  
Adele, was willst Du noch mehr?“

Diese Poesie stürzte ihn in Ungnade. Er hat es vorgezogen, in  
der Sitzung nicht zu erscheinen; in seiner verlesenen Aussage stellt  
er sich als den einzigen wahren Freund der Spigeder dar, der sie  
stets auf dem rechten Pfad der Tugend geleitet und ihr namentlich  
nie zur Flucht gerathen habe. Die Spigeder erklärt: „Allerdings  
habe ich gerade Fränkel zur Flucht gerathen und sich ihr zur Be-  
gleitung angeboten; er mache sich nichts aus einem Jahre Festung,  
Fränkel sei übrigens der größte Schwarzer, Heuchler und Expreffer,  
der existire.“

„Schriftsteller Alfred Jochner (nach andern Berichten Lochner)  
hat von der Spigeder für angefangene und vollendete Romane  
das schöne Honorar von 4500 fl. bezogen. Er ist zur Zeit schwer  
lungenleidend in Davos.“

„Julius Marxner ist ein Typus verkommenen Literaten-  
thums. Er hat gegen seine Wohlthäterin, der er, nach seinen  
eigenen Briefen, mit Wollust die Schuhe putzen würde und als  
deren „geheimer Polizei-Spitz“ er sich selber bezeichnet, nach ihrem  
Sturze eine Reihe von Kreuzer-Schriften verfaßt.“

„Hieraus kommt Hr. Vecchioni, Redakteur der „Neuesten  
Nachrichten“, als Zeuge zum Anruf, um auszusagen, daß die  
Spigeder durch eine gewisse Frau Weigenleiterin verführt habe,  
auf seine (Vecchioni's) Schwester dahin zu wirken, daß er seine  
Angriffe gegen die Spigeder einstelle, weil dieselben die Mutter  
von A. Spigeder unfehlbar in's Grab stürzen müßten. Der  
Schwester Vecchioni's waren für diese Vermittlung 2000 fl. gebo-  
ten. Vecchioni solle verlangen, was er wolle. Als dieses Aner-  
bieten mit Entrüstung zurückgewiesen worden, versuchte ein gewisser  
Kaffner ein Attentat auf Vecchioni und wurde unmittelbar darauf  
im Geschäft der Spigeder angefaßt.“

„Hr. Rudolph Woffe verwarft sich telegraphisch gegen die  
Beschildigung, daß er mit 300 fl. von der Spigeder bestochen  
worden sei; er wisse von alle Dem Nichts. Es ergibt sich durch  
die Aussage des in die Sitzung berufenen Vorstandes der hiesigen  
Woffe'schen Filiale, daß Hr. Woffe allerdings nichts wußte, da  
sein Agent Hofacker das Geschäft, das Woffe einfach als eine  
Bezahlung für Inserate betrachtete, selbstständig abgeschlossen.“

„Ein ganz drolliger Raub ist Benno Kädel, dramatischer  
Dichter. Mit unerschütterlichem Ernst und dem beweisendsten  
Selbstbewußtsein erzählt er, wie er ein Anfangs im Auftrag einer  
Theaterdirection gegen Adele Spigeder geschriebenes Stüd, nach-  
dem dasselbe auch eine Novelle, „der Straßensünder“, um 450 fl.  
von der Spigeder angekauft worden, so umgearbeitet habe, daß  
dasselbe jetzt für sie gegeben werden konnte. Der Präsident be-  
dauert mit ironischer Verbindlichkeit, daß es ihm an Zeit mangle,  
dieses wahrscheinlich vorzügliche Drama, das den Titel „pro et



contra" oder "Eine Heirat durch die Dachauer Bank" führt, zu verlesen. —

Die "Frankfurter Zeitung" liefert über unser Thema außerdem noch folgende Angaben:

Der Redakteur des "Freien Landesboten", Theophil Böhl, erhielt 14,000 fl. gegen einen Revers, in welchem er sich an Ehrenwort verpflichtete, nur im Interesse der Spigeder zu wirken, nichts ihr Nachtheiliges in sein Blatt aufzunehmen. — Zwei Volksfänger erhielten 100 fl., um keine Couplets gegen die Spigeder vorzutragen. — Der Redakteur Jander vom "Volksboten" erhielt ein Darlehn von 13,000 fl., angeblich bedingungslos. Der Redakteur des "Süddeutschen Telegraphen", Kellerbauer, erhielt 800 fl., für welche Summe sich die Spigeder das Theilhaberrecht an dem Blatte erwarb. Ein Literat Sell verkaufte sich für 25 fl. Ein Literat Fuchs sandte Reklamen an mehr als 30 Provinzialblätter, zu welchem Zwecke 200 fl. ausgenommen wurden. — Der Redakteur Dr. Rittler vom "Volksboten" erhielt mehrere Darlehne, nachdem er der Spigeder seine Ergebenheit versichert. — Für Gedichte, Romane u. dergl. wurden an die Herren Literaten ansehnliche Summen gezahlt. Das "Münchener Tageblatt" gehörte der Angeklagten; vom inzwischen eingegangenen "Extrablatt" war sie Miteigentümerin.

Ergänzt wird das Letztere noch durch Nachstehendes: "Der Administrator der "Münchener Volkszeitung" gründete das sogenannte "Extrablatt", räumte der Spigeder das Miteigentumsrecht für 3000 fl. ein und ließ sich als Herausgeber noch monatlich 100 fl. von ihr zahlen. Ein früherer Postexpeditor, der sich mit literarischen Arbeiten beschäftigte, bekam für eine Poste und eine Novelle, die er im Interesse der Spigeder schrieb, 495 fl. —

Wie gering würden sich die Hunderte und Tausende der Spigeder-Befehlungen annehmen, wenn der Schleier des Berliner Reptilienfonds gelüftet würde! —

Hundstättiges. Aus Berlin geht uns die Nr. 28 eines funkelnelueneu Blattes, einer sogen. "Neuen freien Zeitung" vom 29. Juli zu (Redakteur: G. P. Rousseau), in welcher "Eine soziale Aufgabe für die Sozialdemokratie" auseinandergesetzt wird. Der Inhalt jenes "Leitartikels" lautet: "Kernpunkt der sozialen Kardinalfrage der Gegenwart" ist: "Bekämpfung des Militarismus und schiedsgerichtliche Austragung internationaler Streitfragen." "Die internationale Arbeiterassoziation könnte nun den Befürchtungen, die man bezüglich ihrer selbst hegt, und den Gefahren, die der Militarismus für die Arbeit des Friedens mit sich bringt, durch nichts besser die Spitze abbrechen, als indem sie überall in Europa gleichzeitig gegen jede Gewaltpolitik Protest erheben und für die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts, eventuell für die Begründung einer europäischen Union unter dem Regime der bestehenden Regierungen in die Schranken treten würde. — Vor allem hätte die Internationale in Frankreich in dieser Weise vorzugehen, um die Chauvinisten dieses Landes von ihren unglückseligen Revanchegedanken abzubringen." Da wir nicht verpflichtet sind, uns mit politischen ABC-Schützen andauernd zu langweilen, so sei der Verfasser der BÜrge halber auf Eickhoff's "Wesen der internationalen Arbeiterassoziation" verwiesen, woselbst er den Nachweis finden wird, daß die Internationale thatsächlich im vorigen Jahrzehnt einen Krieg Englands mit Amerika verhütet hat, und ferner die Erklärung für die Unmöglichkeit unsererseits: eine "Union unter dem Regime der bestehenden Regierungen" zu verlangen (wie weiland 1849 jener Tropf die heilige Republik mit dem Großherzog an der Spitze). Im Verfolg der Geschichte der Internationalen wird der Verfasser dann auch finden, daß 1870 sowohl in Deutschland als in Frankreich seitens der Mitglieder der Assoziation gegen die "Gewaltspolitik" mit vielem Eifer agitiert worden ist, — mit einem Eifer, für den "Rögen" und "Hubertusburg" als dauernde historische Erinnerung in die Annalen der deutschen Geschichte eingetragen worden sind. — Was die französischen Internationalen speziell betrifft, so haben diese augenblicklich kein Interesse, die Hirtel der Bourgeoisfraktionen zu stören; wenn letztere heute den Revanchekrieg unternehmen, so würden ihnen die Ersteren — gerade so wie vor 3 Jahren — nur zurufen: "Es geschieht Euch ganz Recht, wenn Euch die Preußen die Häuser über dem Kopf zusammenschlecken". — So viel zur Belehrung für den Herrn Verfasser der "Neuen Freien". Hoffentlich läßt er, so lange die Hitze andauert, die Feder ruhen! —

"Europäisches Sklaveneben." Unter diesem Titel hat sich in das Bourgeoisblatt "Wiener Tagespresse" vom 26. Juli folgende Mittheilung unter "Vermischtes" verriet: "Vom Götter Eisenbahnbau wird den "Vol. Utton" aus Götter gemeldet, die unmensliche Tyrannei der Baunternehmer daselbst übersteige alle Begriffe und halte die Arbeiter in fortwährender Aufregung. Für eine Kubikfaden Erdbewegung, für welche der Staat dem Generalunternehmer, einem Preußen Namens Bachstein 6 fl. und dieser den Subunternehmer 4 fl. bezahlte, bekommen die armen Arbeiter 1 fl. 60 kr. und auch dieser Betrag wird ihnen nur alle vierzehn Tage ausgezahlt. Während der Zeit gibt man ihnen Anweisungen auf Lebensmittel, welche ihnen aber zu so unglücklichen Preisen angerechnet werden, daß der Arbeiter, wenn der Zahltag herankommt, nicht nur nichts übrig behält, sondern noch obendrein schuldig bleibt. Die Gerechtigkeit unter den Arbeitern geht ans Äußerste; viele ließen ihre Arbeit von 8 bis 10 Tagen in Stich und gingen in die weite Welt. Die noch hier sind, liegen größtentheils vom Glende krank darnieder. Die Gefunden sind in fortwährendem Aufruhr begriffen. Es ist an der Tagesordnung, daß die unmenslichen Unternehmer verfolgt und mit Steinen und Stöcken am Leben bedroht werden; es ist ein wahres Wunder, daß bis jetzt noch ein Jeder glücklich entronnen ist. Daß unter solchen Umständen die Arbeit nicht besonders gefördert wird, ist wohl natürlich." Wenn die "Wiener Tagespresse" etwas mehr Verstand hätte, bräunte sie, um derartige Fakta herbeizuschaffen, nicht bis nach "Götter" zu gehen. Warum in die Ferne schweifen u. s. w.?" —

Logik auf der Verbrecherbank. Von dem Braner knecht Marchner, der soeben in München wegen vierfachen Raubmordes und eines Mordversuchs, an seinen nächsten Angehörigen begangen, zum Tode verurtheilt wurde, kam während der Gerichtsverhandlung folgende Aeußerung an den Tag, die er während der Untersuchung gegen einen anderen, ihm nach löblicher Stiebersitte als Spion beigegebenen Untersuchungsgesangenen gemacht. "Als ich, so erzählte er diesem, bei meiner auf dem Stahl sitzenden Schwester stand (die er mit ihrem Mann, Schwiegervater und Kindern ermorden wollte), fragte ich mich im Stillen: "Sollst du es thun, oder sollst du es nicht thun? Ach was! Sind so viel Leute im Krieg umgekommen und es ist keine Sünde, so ist das auch keine Sünde. Und dann schlug ich auf meine Schwester los." — Marchner sagte sich also: "Die Menschen tausendweise abschlachten ist "keine Sünde" — ergo kann es noch viel weniger eine Sünde sein, einen, zwei, drei, vier einzelne Menschen todzuschlagen. Wenn der Mord im Großen erlaubt ist, muß er auch im Kleinen erlaubt sein." Wir erfahren nicht, was der Rich-

ter zu dieser Bemerkung gesagt. Jedenfalls konnte er nicht viel sagen, denn die Logik ist zwingend. Mit derselben Logik könnte ein des Diebstahls angeklagter Spigebube seinen Richtern sagen: "Ja, ich habe gestohlen, wie Sie das zu nennen belieben. Ich nenne es annekturen. Wenn nun aber das Annekturen im Großen erlaubt ist, müssen Sie es auch im Kleinen erlauben. Ich habe nur gethan, was meine höchsten Obrigkeit, denen ich Gehorsam und Achtung schuldig bin, gethan haben. Indem ich das von ihnen gegebene Beispiel nachahmte, habe ich nur meine Loyalität bewiesen. Und jetzt, meine Herren Richter, verurtheilen Sie mich, wenn Ihr Gewissen und Ihre Logik es Ihnen erlauben." —

Logik und Gewissen würden dem Spigebuben verteuft wenig zu antworten haben. Aber —

### Nochmals der "Saxonia"-Schwindel.

Wir sind in der Lage, nachstehend den Brief eines Parteigenossen mitzutheilen, der Alles, was wir über den an den Mitgliedern der sogenannten "Kolonie" Saxonia verübten Betrug veröffentlicht haben, in so weit eine Bestätigung überhaupt noch nöthig war, im vollsten Maße bestätigt. Der Schreiber, ein ehemaliges Mitglied des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, ist uns als durchaus zuverlässig bekannt; er schloß sich der "Kolonie" an und zwar mit dem klaren Bewußtsein, daß man "drüben" das Gold nicht beim ersten Spatenstich finden werde, sondern "hart arbeiten" müsse. Er nahm, das sei noch bemerkt, eine tüchtige Kenntniß der englischen Sprache mit, was ihm die Bildung eines selbstständigen Urtheils natürlich sehr erleichterte! Der Brief, datirt Munising, den 26. Juni 1873, lautet:

"Lieber Freund! Entschuldige mich zuerst, daß ich nicht eher schrieb, ich wollte erst festen Grund über die ganze Sachlage haben. Ich werde nun die Schüderung der Seereise vorausschicken. Von Hamburg fuhr ich den Palmsonntag früh 8 Uhr ab und kamen Dienstag früh in Hull an, wo wir einige Tage blieben; dann ging es mit der Bahn nach Liverpool und von da auf große Schiffe. Nach neun Tagen kamen wir in New-York an. Die Seefrankheit hatte auch mich sehr mitgenommen. Mit der Eriebahn fuhr ich am Niagarafall vorüber nach Detroit. Dort hatten wir eine Versammlung, wo es sich darum handelte, ob wir nach Munising gehen wollten oder nicht, indem uns sehr abgeredet wurde. Man kann aber nichts auf Rathschläge geben, da es sehr viele Schurken gibt, die sich "Landsmann" nennen. Es wurde nun aber doch beschlossen, nach Lake Superior zu gehen, aber Jedem frei gestellt, zurückzubleiben, auch den Ausgelosten, worauf hin auch zwanzig Mitglieder mit Familien zurückblieben. Ich hielt es für meine Pflicht, mitzugehen und mich von der Sachlage zu überzeugen und darüber zu urtheilen. Ich habe nun hier gefunden, daß es zum Fahren so ungünstig wie möglich ist. Der Sommer ist zu kurz. Wir mußten in Marquette noch vier Wochen warten, ehe wir nach Munising konnten, so lange war der See zugefroren, und auf der Fahrt blieben wir auch noch ziemlich einen Tag auf einer Eisscholle sitzen. Der Dampfer mußte alle Gewalt anwenden, um wieder loszukommen. So kamen wir endlich am 26. Mai hier an. Ich habe nun kürzlich einen Aufsatz im "Vollstaats" gelesen (ich halte denselben hier), worin die ganze Sache in ein schlechtes Licht gestellt wird. Der "Vollstaats" wird nur zu sehr Recht haben; nur will ich bemerken, daß der Boden nicht "steinig", sondern daß Alles Sand ist; wie viel das besser ist, darüber urtheilt selbst! Nachdem ich Alles gesehen, habe ich erklärt, kein Land zu nehmen, was auch noch Andere gethan haben und noch thun werden. Wer kein Land nimmt, ist aus dem Vereine ausgeschlossen worden. Es sind gegenwärtig noch ungefähr 23 Mitglieder, die nun auch noch hin und her ziehen, und zu keinem festen Entschluß kommen. Es ist noch nicht ein einziges Haus gebaut worden; bloß Kartoffel sind gelegt.

"Ich lege hier einen Ausschnitt aus einer englischen (amerikanischen) Zeitung bei, "The Marquette Mining Journal", worin Alles sehr schön geschildert ist, was mit der Wirklichkeit aber sehr wenig übereinstimmt. Es ist jedenfalls das Werk eines Agenten, damit noch mehr Leute hierher kommen sollen, um den Lohn herunter zu drücken. Ich will nun schließlich noch bemerken, daß ich trotzdem sehr froh bin, hier in America zu sein; man lebt sehr frei, und wer arbeiten will, kann sich auch etwas verdienen.

"Nachträglich will ich bemerken, daß ein Tagelöhner hier täglich 2 bis 2 1/2 Dollar verdient. Dein Karl Rändler."

Diesem Brief, der für sich selbst spricht, haben wir keinen Kommentar beizufügen. Genaug: er bestätigt, daß das Klima der "Kolonie" Saxonia ein "sibirisches" in des Wortes schärfster Bedeutung ist, und ergänzt in dieser Beziehung die Angaben des in Nr. 52 des "Vollstaats" erwähnten Göring'schen Briefs, ("kurzer Sommer", und Ende Mai der Dampfer auf einer Eisscholle sitzen geblieben!). Bestätigt wird unsere Behauptung, daß der eigentliche Zweck des Saxonia-Schwindels die Importation billiger Arbeitskraft ist. Mehr als bestätigt werden unsere Vermuthungen über die Qualität des den "Kolonisten" aufgeschütteten Lands, es ist "Alles Sand" — natürlich "Alles" was nicht kontraktmäßig "starker Baumwuchs" (§ 5 des "Vertrags") ist.

Daß in America die Arbeitslöhne durchschnittlich höher sind als in Deutschland, und daß körperlich kräftige, an harte Arbeit gewöhnte und zu jeder Arbeit bereite und fähige Männer in den Vereinigten Staaten bessere Ansichten haben als in Deutschland, haben wir niemals bestritten und wollen wir auch nicht bestritten. Das Treiben der Herrn Allardt und Company wird aber nicht dadurch gemildert, daß es Einzelnen der von ihnen durch lägenhafte Vorspiegelungen und einen ungünstigen Kontrakt zur Auswanderung verleitet, gelangt, sich außerhalb der "Kolonie" eine Existenz zu begründen. Es lag und liegt das nicht in dem Plan der Herrn Allardt und Company, läuft sogar diesem Plan direkt zuwider, und für die Herrn Allardt und Company ist das gerade so wenig entlastend oder gar verdienstvoll, wie für die Ueberber der Fröttstädter Eisenbahnmegelei, daß die durch dieses "Unglück" nöthig gewordenen Reparaturen einigen Arbeitern auf kurze Zeit Beschäftigung geben. —

Was den in dem Brief Rändler's erwähnten Zeitungsausschnitt betrifft, so enthält er eine schamlose Aufpuffung der "Kolonie", und erinnert lebhaft an ähnliche Leistungen in der "Auswanderungszeitung". Es ist offenbar "a chip of the same block."

Lo stile o'est l'homme; der Stil ist der — Agent.

Und nun zum Schluß eine Frage an die sächsische Staatsanwaltschaft:

Ob der Prozeß gegen Allardt und Company eingeleitet? Und wenn nicht — warum nicht? Im "Vollstaats", den die sächsischen Herrn Staatsanwälte sehr genau zu studiren pflegen, ist das nöthige

Material zu finden; und den Beweis des Betrugs hat das "Dresdner Journal", das amtliche Organ der Regierung, in deren Dienst die sächsischen Staatsanwälte stehen, geliefert. Also noch einmal: Ist der Prozeß gegen Allardt und Company eingeleitet? Und wenn nicht, warum nicht? —

### Jüngere Partei, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Es haben ferner für Juni bejahl: Stuttgart, Fürth, Offenbach, Pichtenstein, Coburg, Forst, Elberfeld, Würzburg, Neundorf. Freiwillige Beiträge haben eingesandt: Braunschweig, Leipzig, Jülich.

Es sind also noch mit ihren Steuern für Juni rückständig: Auerbach, Apolda, Arnstadt, Amberg, Bamberg, Bensheim, Berta, Burgstädt, Celle, Camenz, Chemnitz, Constan, Grefeld, Dresden, Dessau, Düsseldorf, Dülken, Deuben, Dabme, Döbeln, Eisenach, Elstra, Essen, Froburg, Frankenberg, Frankenhäusen, Finsterwalde, Freiberg in Schl., Frankfurt a. O., Giengen, Gera, Glauchau, Gotha, Geyer, Geestdorf, Gr. Mühlungen, Großenheim, Gersau, Grimmen, Hildesheim, Herfeld, Halberstadt, Hof, Hargerode, Herbede, Hainichen, Kirchhausen, Kreuznach, Köthenbroda, Kaiserslautern, Langenau, Ludenwalde, Leutersdorf, Lübeck, Landau, Mühlentersdorf, Marburg, Mainz, Mannheim, Meiningen, Mötlan, Mülsen St. N., Markirch, Marienberg, M. Glabbach, Neubitzlau, Neveges, Reischlau, Neustadt a. d. Orla, Oberlungwitz, Ohlau, Pössaue, Penig, Perse, Plauen, Pirna, Peilau, Quedlinburg, Ronneburg, Ronsdorf, Rochlitz, St. Legidien, Saalfeld, St. Tönis, Scharbeck, Solingen, Schwabing, Stadt Remda, Staßfurt, Schweinau, Tübingen, Thalheim, Bierien, Wandersbeck, Wittgenbörnsdorf, Waldburg, Wieda, Weida, Würzburg, Willau, Weigelndorf, Wehselburg.

Im verfloffenen Monat haben sich Mitgliedschaften gebildet und sind als Vertrauensmänner ernannt für \*) Gerau: Herrmann Randsbinder; St. Thönis: W. Drey; Schneeberg: M. Kögel; Seesen: W. Basse.

Außerdem sind noch Vertrauensmänner ernannt: Oberlungwitz: F. Degenhardt; Markirch: J. Bormwald; Niederplanitz: F. Kirchs; Schmolln: J. Martin; Eßlingen: S. Hunn; Spandau: C. Samien; Wiesbaden: C. Stüd. Sammtliche Vertrauensmänner werden aufgefordert, die Parteistunden regelmäßig allmonatlich einzusenden, und zwar müssen die Steuern für Juli bis spätestens den 15. August an den Kassirer Herrn Benneke, II. Schäferlamp 34, eingesandt werden.

### Der Ausschuß.

Im Auftrage: Th. Jord.

\*) Sollte etwa ein Ort übersehen sein, so bitten wir um sofortige Berichtigung.

### Gewerkschaftliches.

#### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Gotha. Nachdem laut Beschluß des Ausschusses die diesjährige Generalversammlung hierher verlegt ist, halten wir es an der Zeit, die Collegen allerorts anzufordern, durch Sendung zahlreicher Delegirten nicht nur allein uns zu beehren, sondern auch der Generalversammlung einen würdigen Verlauf zu sichern. Wir werden bemüht sein, so viel in unsern Kräften steht, den Delegirten den Aufenthalt in hiesiger Stadt so angenehm als möglich zu machen. Namentlich eruchen wir die jetzt schon Gewählten, wie überhaupt alle Delegirten, und von ihrer Wahl in Kenntniß zu setzen, bezüglich der Beschaffung von Freiwohnungen.

Collegen allerorts! Auch wir können nicht umhin, unseren Mahnruf zum Anschluß an unsre Organisation an Euch ergehen zu lassen und rüthen wir diese Mahnung namentlich an die bestehenden Lokal- und Fachvereine, die in trauriger Selbstverleumdung nicht einsehen wollen oder können, daß die Interessen der Arbeiter solidarisch, und in Folge dessen der Kampf auch gemeinsam geführt werden muß. Indem wir hoffen, daß den vielen Aufforderungen zufolge, die Collegen sich uns anschließen werden und dies hauptsächlich durch Entsendung von Delegirten bethätigen werden, machen wir die Delegirten noch darauf aufmerksam, daß ein Comité, an rothen Schleißen kenntlich, dieselben vom Bahnhof nach dem Versammlungsort bringen wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Friedrich Knopf, Bevollmächtigter, am Berg 41.

#### Verband für Buchbinder.

Leipzig. Collegen! Wir haben Euch in Nr. 64 des "Vollstaats" gebeten, den Zugang von Buchbindern nach Leipzig fern zu halten. Heute wollen wir die Ursache zu dieser Maßregel mittheilen. Wie die Collegen sich erinnern werden, wurde im vorigen Herbst von einer allgemeinen Buchbinderversammlung beschlossen, 25 Prozent Lohnerhöhung zu fordern. Der Verein stellte damals diese Forderung, um der großen Masse von Collegen, welche dem Verein noch fern standen, zu beweisen, daß keine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital besteht! Unser Zweck wurde vollständig erreicht; die Prinzipale bewilligten — nichts. Im Laufe dieses Jahres hat sich jedoch Manches günstiger für uns gestaltet; die Gründung des Verbandes, vereinzelte Lohnaufbesserungen von 5 bis 10 Prozent brachten größeres Vertrauen in die Organisation, so daß wir die Majorität der hiesigen Collegen die unsrigen nennen können. Dies bewog denn auch den hiesigen Verein, am vorigen Montag, d. 21. ds., eine Tarifcommission zu wählen. Hier muß eingeschaltet werden, daß der hiesige Prinzipalverband schon voriges Jahr einen Tarif ausgearbeitet hat, welcher, natürlich ohne die Arbeiter zu fragen, überall da gehandhabt wurde, wo Preise in dem Tarif billiger gestellt waren, als bisher die Arbeit bezahlte wurde; sonst befand sich derselbe im Tischkasten der Prinzipale. Nachdem am Montag die Tarifcommission gewählt, fällt einem hiesigen Buchbinderbesitzer der glückliche Gedanke ein, einen seiner Arbeiter, welcher bereits zwei Jahre die feinsten Arbeiten bei ihm zur Genüge gemacht, auf jede denkbare Weise zu chikaniren, und an Throverletzungen schloß es auch nicht. Der Arbeiter hatte das große Verbrechen begangen, Vertrauensmann zu sein und der Tarifcommission anzugehören. Es ist dies natürlich ein entsetzliches Verbrechen gegen die unbeschränkte Ausbeutung solcher Dampf-Buchbinderbesitzer! Dieser Mann, Gustav Fräule, ist sein Name, ging sogar so weit, den Lohn für diesen und noch einen Arbeiter nicht anzuzahlen, worauf sämtliche Verbandsmitglieder, 12 an der Zahl, vorliefen. Der Verein wird sie in Schutz nehmen. Collegen, vorläufig ist die Sache nicht gefährlich; doch weiß man nicht, ob weitere Maßregelungen folgen werden, da, wie gesagt, ein Prinzipalverband hier besteht; wir eruchen Euch aber dringend, jeden Zugang nach Leipzig fern zu halten durch Bekanntmachungen in Vereinen, Herbergen und in allen Werkstätten, wo Versammlungen nur monatlich stattfinden. Gelingt es in



Leipzig, die Organisation schwankend zu machen, so wird man allerorts den Druck fühlen müssen. In allen Orten sucht man den Kollegen die Leipziger Preise aufzuwachen (wie in Hannover beim Strafe); zeigen wir, obwohl der Verband jung ist, durch festes Zusammenhalten, daß der Arbeiter Schutz innerhalb desselben findet. Kollegen, wir verlangen also nur das Eine vorläufig: haltet Bezug fern!

Für den Leipziger Buchbinderverein:  
H. Richter.  
NB. Die Buchbinderei von Gustav Fritzsche ist für Serbandsmitglieder bis auf Weiteres gesperrt.

**Berichtigung.**  
In Nr. 60 des „Volkstaat“, Correspondenz des Buchbindervereins, ist durch Mißverständnis eine Lohnaufbesserung verzeichnet worden. Der uns gemeldete „Erfolg“, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, bezieht sich nur auf die Entlohnung des Vereins.  
H. Richter.

### Correspondenzen.

**Leipzig, 24. Juli.** Ich muß so datieren, weil ich der Leipziger Polizei meinen gegenwärtigen Aufenthalt nicht verrathen will; denn sie hat es bis jetzt fertig bekommen, mich auch aus den Gerichtsämtern, auf welche sich ihre Kompetenz nicht erstreckt, wegzubringen. Ich bin nämlich vor einigen Tagen auch aus dem Gerichtsamt Zwenkau — also zum vierten Male — ausgewiesen worden. Die diesbezügliche gerichtsamtspolizeiliche Resolution begann mit den charakteristischen Worten: „Nach den seitens des Leipziger Polizeiamts anher gelangten Akten u. s. w.“ — Die „Gründe“ der Ausweisung sind: 1) „wegen seines bekannten gemeingefährlichen Verhaltens“, 2) § 3 des Freizügigkeitsgesetzes, 3) § 17 des Heimathgesetzes von 1834. — Dieser letztere Paragraph, der bis dato nicht nur den Gerichtsämtern, sondern auch der Kreisdirection unbekannt war, ist erst neuerdings anlässlich meines Rekurses gegen die Ausweisung aus dem Gerichtsamt Leipzig II — vom Ministerium hervorgehoben worden; er besagt, daß jedem aus irgend einem Orte ein Mal ausgewiesenen Staatsangehörigen überall im Lande die Aufnahme ohne Angabe des Grundes verweigert werden kann. — Gewöhnlich dem dem Nicht-Staatsangehörigen. — Unter solchen Umständen unterließ ich natürlich die übliche Ceremonie des Rekursbergreifens; und zwar um so mehr, als nach der Praxis der Leipziger Gerichtsämter nicht daran zu denken war, daß das Zwenkauer Amt dem Rekurse Suspensivkraft beilegen würde. Ich verließ also, wie mir verordnet worden war, innerhalb zwei Mal 24 Stunden das Gerichtsamt. Mein Wirth in Prodel war von dieser Couriersmäßigkeit der Zwenkauer Justizpolizei nicht wenig überrascht. „Könnten Sie nicht dafür sorgen“, sagte er zu mir — „daß das Zwenkauer Gerichtsamt meinen, bei ihm anhängigen Erbschaftsprozeß, der, obgleich er einfacher Natur ist, nun bereits vier Jahre dauert, ohne daß abzusehen wäre: wie lange noch?, auch innerhalb 2 Mal 24 Stunden“ abwidelt?“ Ich mußte diese Frage verneinen. —

Bemerkte sei übrigens, daß ich diese nette Gegend schon längst verlassen hätte, wenn nicht die Untersuchungen älteren Datums, die bei den Leipziger Gerichten noch gegen mich anhängig sind, mich zwingen, mich in möglichster Nähe von Leipzig aufzuhalten, um die häufigen Termine ohne großen Zeitverlust und Reisekosten wahrnehmen zu können. Anstatt mich nun — im eigentlichen Interesse der Justiz — bis zur Erledigung dieser Prozesse mit Ausweisungsschikanen zu verschonen, damit jene ohne Unterbrechung an Einem Plage geführt werden könnten, hegt man mich von Ort zu Ort und zieht dadurch die Untersuchungen dermaßen in die Länge, daß ich vorläufig noch gar nicht bestimmen kann, wann ich definitiv werde loskommen können. Nach dem Gesetz, die Kompetenz der einzelnen Behörden betreffend, müssen nämlich die Gerichte die Untersuchungen solcher, welche mittlerweile ihren Wohnsitz nach einem anderen Amtsbezirk verlegt haben, diesem übergeben. Meine Akten müßten also, wenn das Leipziger Gericht sie aus Händen gäbe, alle 8 Tage wo anders hin wandern — immer nach der Richtung meiner Ausweisungen — ohne daß ein Gerichtsamt zur Erledigung der Sache schreiten könnten. Denn kann bin ich an einem Orte polizeilich angemeldet, so wird auch schon (auf höherem Befehl) die Ausweisungsgesolution nach dem bekannten Schema abgefaßt. — Es sieht fast so aus, als wolle man mich so lange hincantren, bis ich — der Ausweisungen müde — weit wegjage und wenigstens den Schein der Flucht vor den anhängigen Prozessen zurücklasse. So hat mir beispielsweise die Kreisdirection auf eine vor 6—8 Wochen an sie gerichtete Anfrage, ob sie für die Dauer meiner Prozesse mir den Aufenthalt im Gerichtsamt I gestatten wolle, bis heute noch keine Antwort gegeben. Dagegen erhielt ich gestern auf eine weitere, gleichzeitige Anfrage, ob mir jener Aufenthalt nicht mindestens auf 8 Tage gestattet werden könne, den geistvollen Bescheid, daß jene „8 Tage“ nun nach so vielen Wochen doch schon vorüber wären, mein Gesuch also gegenstandslos geworden sei. Dabei muß ich ausdrücklich hervorheben, daß ich Woche für Woche und in mancher Woche Tag für Tag einen Boten zur Kreisdirection und zum Gerichtsamt I um Beschuldigung sandte, immer aber die Antwort erhielt: man werde mir, wenn etwas für mich da sei, es schon zuschicken. Vorgestern nun lese ich zufällig in der „Leipziger Zeitung“ eine seitens des Gerichtsamts I an mich gerichtete „öffentliche Vorladung“, weil man meinen Aufenthaltsort „von hier aus nicht hat ermitteln können“. Dabei habe ich bei den verschiedenen Behörden wiederholt deponirt, alle für mich bestimmten Sendungen, für die Zeit meiner Abwesenheit von Leipzig, an die Genossenschaftsdruckerei zu adressiren. — In dieser Weise wird verfahren: Erst Prozesse aufhalten, dann nach dem ersten Verhör ausweisen, und gleich darauf als unauffindbar durch „öffentliche Vorladung“ zurückrufen. Das ist „sächsische Gemüthlichkeit“!  
A. Heppner.

**Leipzig.** Herr Stadtverordneten-Stellvertreter Madal erschien heute in unserem Bureau und protestirte gegen die in unserer letzten Nr. gemachte Mittheilung, daß er Sonntag vor 10 Wochen Geprern der Polizei denunzirt habe; er mußte mit jemand anders verwechselt worden sein. — Wir hoffen, dem Rechten bald auf die Spur zu kommen und werden dann erzählen, wieso Herrn Madal jene Verwechslung passiren mußte.

**Schneeberg, 25. Juli.** Die Agitation des Parteigenossen Walster hat am hiesigen Orte ihre guten Früchte getragen. Seit dem 1. Juli besteht hier eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als Vertrauensmann wurde gewählt Michael Rögel, Schuhmachermeister in Neustädt. Als Revisoren fungiren Gustav Hörnig und Adolph Edelmann, beide in Schneeberg. Die Mitgliedschaft besteht gegenwärtig aus 16 Mann, gewöhnlich ein kleines Häuflein, aber die Mannen sind gut. Jeder Ein-

jelne wird sein Theil zur Stärkung der Partei nach innen und außen beitragen.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
R. Rögel, Vertrauensmann.

**Müssen St. Jacob, 22. Juli.** Am 19. Juli fand hier eine öffentliche Volks-, resp. Weberversammlung statt. H. Albert aus Glauchau referirte. Auf der Tagesordnung stand: 1) die allgemeine vertheuerten Lebensbedürfnisse und die Existenz der Weber. 2) Das Bestreben der Weber, ihre Lage zu verbessern und das Vorgehen der Berliner Weber in dieser Frage. 3) Das Bedürfnis der Lohnverbesserung und die Entschädigung bisher unbezahlter Arbeiten. Nachdem Albert die erste und dritte Frage reichlich erläutert, wies selbiger auf die Berliner Weber hin und erklärte, wie nothwendig es sei, dieselben zu unterstützen. Er forderte alle Anwesenden auf, ja nach Kräften letzteres zu thun, damit dieselben zum Sieg gelangen, denn siege Berlin, so werde der Sieg auch hier nicht ausbleiben. Die Versammlung schenkte dem Referat die größte Aufmerksamkeit und erklärte ihre Zufriedenheit durch großen Beifall. An der Debatte theilnehmten sich noch Wirth aus St. Micheln und Unterzeichneter. Und nachdem letzterer hauptsächlich auf die den folgenden Tag stattfindende Ein-sammlung aufmerksam machte und Alle aufforderte, ja nach Kräften das Möglichste zu thun, um den Berliner Genossen zu Hilfe zu kommen, schloß derselbe die Versammlung. Die Tags darauf stattgefundene Ein-sammlung betrug 25 Thlr., welche sofort an die „Volkstaat“-Expedition zur Weiterbeförderung überhandt wurde.  
Ferd. Bogel, Vorsitzender.

**Berlin, 29. Juli.** Unsere Innungen haben sich nun, wie von Vielen bereits vorhergesehen, kläglich und ohne den geringsten Anstand aus dem Kampfe zurückgezogen. Zurückgezogen, ohne die Erwartungen und Hoffnungen, welche man auf sie gesetzt, zu erfüllen; zurückgezogen resultatlos nach einem harten vierwöchentlichen Kampfe. Und die Ausgeschlossenen, die Gefellen, wo bleiben die? Erklärte nicht der Vorstand der vereinigten Innungen am 2. Juli von der Tribüne der Königsböhe herab: „Ihr Gefellen, steht hinter uns als Reserve; wir werden es diesmal auskämpfen! Wir werden unsere Werkstätten nicht eher wieder öffnen, bis der Lohn-tarif bewilligt ist.“ Der Lohn-tarif — bitterer Lohn! er ist von vielen Fabrikanten nur zum dritten Theil bewilligt, und von einigen noch gar nicht. Aber die Meister schämen sich nicht, trotzdem sie ihr Wort am 2. Juli gegeben, festzuhalten an dem Tarif, und für den alten Lohn Gefellen zu verlangen. Aber die Gefellen halten Stand, sie ergreifen lieber die geringste Handarbeit oder den Wanderstab. Nur nicht unter den alten schimpflichen Bedingungen wieder anfangen, dies ist die Parole Aller. Darum, Kollegen allerorts, unterstützt uns noch ferner in diesem gerechten Kampfe, denn unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Unterstützungen sind zu senden an das Mitglied der ständigen Kommission, Dr. Scholz, in Kasse Hoffmann, Andreasstr. 49 oder kleine Andreasstr. 20, 2 Treppen links.

Die Kommission der Stuhlarbeitergesellen:  
Dr. Scholz, Vorsitzender, S. Gladowitz, Schriftführer.  
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, von Obigen Notiz zu nehmen.

**Cöln, 18. Juli.** Bericht über den Rheinischen Cigarrenarbeiter-tag. Zu dem am 6. und 7. Juli cr. in Cöln abgehaltenen Rheinischen Tabak- und Cigarrenarbeiter-tag waren folgende Delegirte anwesend: Fritzsche aus Berlin, Wode aus Berden, Praß aus Düsseldorf, Schilling, Römer und Bongers aus Neuwied, Wachsbad aus Eresfeld, Biehl aus Andernach, Faust und Blumer aus Brühl, Pinnary, Schlömer und Schumacher aus Dierdorf, Pfeifer und Heinrich aus Bonn. Bei der Constatirung des Bureaus wurde Buddelmeyer zum 1. und Herchel zum 2. Vorsitzenden und Kircher zum Schriftführer gewählt.

Folgende Resolutionen wurden gefaßt und einstimmig angenommen:  
Zu Punkt I. Die Lage der Arbeiter im Allgemeinen, speziell der Cigarrenarbeiter. Ref.: Wode. 1. Resolution: Der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag anerkennt, daß die derzeitige Lage des Arbeiterstandes der geistigen und leiblichen Wohlfahrt der gesammten Menschheit nachtheilig und darum eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter eine sittliche Nothwendigkeit ist; daß aber diese Besserung nur dann erreicht werden kann, wenn sich alle Arbeiter an den sozial-politischen Arbeitervereinen theilnehmen. Zu Punkt II. Der deutsche Tabakarbeiter-Verein und die Wiedervereinigung der Cigarrenarbeiter Deutschlands. Ref.: Fritzsche. 2. Resolution: Der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag hält die Organisation des deutschen Tabakarbeiter-Vereins für völlig zweckmäßig zur Wahrung der Interessen aller Tabakarbeiter, in soweit dies innerhalb der heutigen wirtschaftlichen Zustände überhaupt möglich ist, und darum auch für das beste Mittel zur Vereinigung der deutschen Tabakarbeiter, so daß er es für die ernsteste Pflicht aller rechthafter Kollegen erachtet, diesem Vereine beizutreten. Zu Punkt III. Die Filial-Fabriken auf dem Lande. Ref.: Fritzsche. 3. Resolution. In Erwägung, daß die Filial-Fabriken auf dem Lande die Lage der Cigarrenarbeiter auf das Empfindlichste schädigen, indem sie eine Konkurrenz schaffen, die ohne Bedrückung ihrer Arbeiter die Fabrikanten in den Städten nicht anzuhalten vermögen, beschließt der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag, ein ständiges Agitations-Comité für die Rheinprovinz zu gründen, dem außer der Agitation in den Städten auch die Ausbreitung des Vereins über alle die Ortschaften zur Pflicht gemacht wird, wo Filial-Fabriken bestehen resp. neu begründet werden. Zu Punkt IV. Die Widelmacher-Frage ic. Ref.: Fritzsche. 4. Resolution: Der Braunschweiger Cigarrenarbeiter, siehe Vorkämpfer Nr. 26, Seite 2. Zu Punkt V. Der Fabrikanten-Verband. Ref.: Wode. 5. Resolution: Der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag erklärt, daß das Vorgehen des Fabrikanten-Bundes, das materielle Wohl der Arbeiter durch ihren Bund zu fördern, nichts weiter als eine schelmheilige Vorspiegelung ist, um die Arbeiter von der selbstständigen Wahrung ihrer eigenen Interessen abzulenken. Zu Punkt VI. Die Aussperrung der Cigarrenarbeiter in Blotho, Hensburg und Holland. Ref.: Fritzsche. 6. Resolution: In Anbetracht dessen, daß die Fabrikanten in Blotho, Hensburg und Holland im Unrecht gegenüber ihren Arbeitern stehen, beschließt der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag, es ist Pflicht jedes Kollegen, die von der Aussperrung betroffenen Arbeiter kräftig zu unterstützen.

Zu Punkt II stellte die Mannheimer Mitgliedschaft den Antrag, den Sieg des Vereins mehr nach dem Süden zu verlegen, da Berlin bei den süddeutschen Kollegen so sehr im Mißtrauen stünde und auch mehr Geld gespart würde. Nach längerer Diskussion wurde zu. Antrag, da der Rheinische Cigarrenarbeiter-tag über denselben zu beschließen nicht competent sei, zur nächsten Generalversammlung verwiesen.

Zu Punkt III stellte Mannheim den Antrag, die fliegende Agitation aufzugeben und sich mehr auf Resolutionen und Flug-schriften zu verlegen. Nach klarer Darlegung über die Nothwendigkeit einer mündlichen Agitation (Seitens Fritzsche) wurde von Buddelmeyer der in der III. Resolution zum Ausdruck gebrachte Antrag gestellt,

ein ständiges Agitations-Comité für die Rheinprovinz zu gründen, welcher auch angenommen wurde; hierauf wurde Cöln als Centralpunkt von Fritzsche und Wode in Vorschlag gebracht und einstimmig angenommen.

Von C. Wolf aus Braunschweig gingen folgende Schreiben ein: Möchten die anwesenden Delegirten von der sittlichen Tendenz unseres Vereins überzeugt in ihre Heimath zurückkehren und mit voller Kraft für denselben eintreten und möchten vor Allem die Verathungen, welche auf den 3 Cigarrenarbeiter-tagen gepflogen, gute Früchte tragen, damit wir in Zukunft vorsichtiger und planmäßiger vorgehen.

Für den Rheinischen Cigarrenarbeiter-tag:  
Hub. Buddelmeyer, Vorsitzender, Culengarten Nr. 1.  
NB. In Betreff des Rheinischen Agitations-Comités erlaube ich alle Ortsvorsitzenden des Rheinlands, baldigt aus ihrer Mitte 2 bis 3 Kollegen zu diesem Comité zu ernennen und im Sinne der 3. Resolution zu verpflichten, an obige Adresse wolle man s. Z. gefälligst die getroffene Wahl mittheilen. (Auf Wunsch dem „Vorkämpfer“ entnommen. R. v. „B.“)

**München, 9. Juli.** Die Leser des „Volkstaat“ haben bereits verschiedentlich Gelegenheit gehabt, die Kampfweise der Gegner der Sozialdemokratie kennen zu lernen; kein Mittel, und sei es auch noch so verwerflich, ist ihnen zu schlecht, wenn es nur geeignet erscheint, die Bestrebungen der Sozialdemokraten zu verbächtigen und deren Anhänger Eins anzuwischen. Zu diesen Gegnern zählt auch der „Fränkische Kurier“. Dieses saubere Blatt bespricht in seiner Nr. 347 eine Kneipenaffaire und leistet in Verdringung der Thatsache das Menschenmögliche, indem es berichtet:

München, 9. Juli. Ein empörender Vorfall hat sich letzten Samstag Nachts zugetragen. Ein der Sache der deutschen Gewerkschaften mit Eifer zugethener, verheiratheter Arbeiter, Hr. Schaupner, kam zufällig in die Kirchner'sche Wirthschaft im Rudenhofle, wo er das Lokal zum größten Theil mit Angehörigen der sozialdemokratischen Partei angefüllt fand, welche sich die Zeit mit Vortragen von Gedichten vertrieben. Seine Anwesenheit gab zu mancherlei Sticheleien und höhnischen Bemerkungen Veranlassung, u. a. hörte er die Aeußerung: „Das ist ein „Dirsch“ (d. h. Anhänger der Hirsch-Dankerschen Richtung), dem müssen wir einmal eins ausspielen“ ic.; da jedoch Schaupner sich auf nichts einließ, kam es zu keinerlei Wortwechsel und als die Feierabendstunde kam, verließ er das Lokal, die Mehrzahl der Sozialdemokraten mit ihm. Auf der Straße näherte sich ihm der Rothschmied-geselle Wild und brühte die höchst liebendwürdige Ansicht aus, man sollte ihn (Schaupner) eigentlich tüchtig abtadeln, weil man ihn jetzt gerade so schön habe, worauf Schaupner erwiderte, es würde über einen einzelnen wehrlosen Mann herzufallen. Wild entsetzte sich hierauf, Schaupner ebenfalls, allein kaum war der Letztere bis zur Dierich'schen Buchdruckerei gegangen, als er plötzlich von zwei Personen rücklings niedergeworfen und auf Gesicht, Hals und Brust in so barbarischer Weise mit Stiefelabsätzen getreten wurde, daß er blutend und bewußtlos liegen blieb. Das Rückenbein ist gänzlich zertrümmert, das Gehör des linken Ohres unwiederbringlich verloren, Kopf und Brust mit Wundmalen bedeckt. Schaupner hat mit Bestimmtheit in dem einen seiner Angreifer den oben erwähnten Rothschmied Wild erkannt; Untersuchung ist eingeleitet, die Sache wird den Gegenstand einer Schwurgerichtsverhandlung bilden. — Von anderer Seite wird uns mitgetheilt, daß in neuerer Zeit Personen, welche ein öffentliches Amt bekleiden oder eine prononcirt politische Stellung einnehmen, auf offener Straße nicht selten Gegenstand von Insulten sind, deren Beschaffenheit nur auf politischen Haß als Motiv schließen läßt. Soweit haben es also systematische Hegereien und Aufreizungen in München gebracht, daß man sich nicht nur öffentlichen Injulten, sondern sogar lebens- und gesundheitsgefährlichen Mißhandlungen aussetzt, wenn man eine von derjenigen gewisser berufsmäßiger Agitatoren abweichende politische Meinung hat und dieselbe offen äußert. — Solche Vorfälle haben übrigens auch ihr Gutes; sie öffnen den rechtlich denkenden Arbeitern die Augen und zeigen ihnen den Abgrund, in welchen ihre Parteiheligen sie zu führen im Begriff sind.“

Zu diesem Bericht bemerkt unser Parteiorgan, das „Fränkische Demokratische Wochenblatt“:

- 1) Ist es eine Lüge, daß am Samstag, den 6. Juli, Nachts die betreffende Wirthschaft mit Sozial-Demokraten angefüllt war.
- 2) Ist es eine Lüge, daß Wild, der Schaupner geprügelt haben soll, ein Sozial-Demokrat ist.
- 3) Ist es eine Lüge, daß Sozial-Demokraten politische Gegner oder Beamte auf der Straße insultiren.

Wahr dagegen ist: 1) Daß Schaupner, der erst nach zwölf Uhr Nachts in das betreffende Lokal kam, den Leuten, die sich mit Deklamationen die Zeit vertrieben, diese Unterhaltung wehren wollte. 2) Daß 1, mit Worten ein Sozial-Demokrat, zu derselben Zeit in der Wirthschaft sich befand und außerdem ein Mann, welcher früher der Partei angehörte. 3) Daß der in der Wirthschaft damals anwesende Sozial-Demokrat nachweisbar Schaupner weder mit Worten noch Thaten angegriffen hat.

Das der Sachverhalt. Darnach mögen die Leser entscheiden, welchen Namen ein Blatt verdient, das ohne irgend einen Anhaltspunkt die frechsten Lügen und Verläumdungen in die Welt hinausstreut gegen Männer, die sich bei jeder Gelegenheit Mühe geben, die Arbeiter von Ausschreitungen jeglicher Art abzuhalten. Aber selbst den Fall gesetzt, daß ein Sozial-Demokrat zu einer Nothheit wie der an Schaupner begangenen sich hinreißten ließe, so kann man dafür nicht die Partei und die Agitatoren verantwortlich machen. Wer das thut, begeht bewußt eine Schandthat. Wenn ein solches Verfahren aber vielleicht auf Seiten unserer Gegner der Anfang zur Wablagitation sein soll, dann werden wir nothgedrungen die Standalchronik der hiesigen Fortschrittspartei ausschlagen. Mögen die Gegner inmeichin uns angreifen, wir werden Nichts dagegen haben, so lange sie sich nicht auf den Standpunkt des Herrn Stolz (Redakteur des „Fränkischen Kurier“) stellen. Ziehen sie das Gegentheil vor, und bekämpfen sie uns mit den Waffen der Lüge und Verleumdung, werden wir alle nur erdenklichen moralischen Folter- und Scharfrichterwerkzeuge gegen sie in Anwendung bringen. Wenn ein Sozialist sich eines Vergehens schuldig oder eine Dummheit gemacht hat, so mag er dafür büßen und die Rathe der öffentlichen Meinung über sich schwingen lassen. Aber die ganze Partei für Lumpen oder Lauge-nische erklären, das heißt: uns zu einer moralischen Abmürrerei der Gegner heraufordern und zwingen. Das mögen sich die Fortschrittler hinter die Ohren schreiben, daß wir dann schonungslos gegen sie und ihre Angehörigen vorgehen werden.“

**Augsburg, 28. Juli.** In der am Sonntag den 26. d. M. stattgehabten Parteiversammlung wurden mehrere Anträge, die durch dem Ausschuß veröffentlicht werden, zum diesjährigen Congreß gestellt und angenommen. Parteigenosse J. Endres ward einstimmig als Delegirter gewählt. Die hiesigen Parteigenossen



werden andurch aufgefördert, ihren Parteipflichten durch Zahlung der Beiträge nachzukommen.

**Hamburg, 28. Juli.** Die Wohnungsnoth zieht hier mehr und mehr ein, trotzdem es an leerstehenden Palästen, an freiwillig und unfreiwillig bezogenen christlichen Herbergen, sowie an einer Nischenkaserne nicht mangelt. Der Senat hat schon am letzten Mittwoch, dem 1. Mai, mit Graufen diese Noth sich ausbreiten lassen und er gelangte in Folge dessen wirklich zu dem Entschlus, mit Hilfe des Staats gedachtem Nothstand ein Paroli zu bieten. Kleinbürgerlich angehaucht, trat derselbe mit einem Antrage vor die „Bürgerchaft“, wonach der Staat den Grund und Boden gewisser Stadt- oder besser Vorstadttheile denjenigen Unternehmern, welche sich zum Bau kleiner Wohnungen verpflichten würden, auf 30 Jahre gratis überlassen und außerdem sie auch vom Bau massiver Steinhäuser entbinden sollte, indem Fachwerkbauten für solche Wohnungen genügt. Die Bürgerchaft nahm diesen Antrag an, selbstverständlich nicht ohne einige humanitäre Wink, wie z. B. den des Volkswirtschaftlers H. S. Herz, welcher dahin lautete: „die Freizügigkeit hat die Wohnungsnoth geschaffen, dieselbe heilt auch die Wunde wieder, welche sie schlägt. Wer hierher kommt und findet, daß hier kein Platz mehr für ihn ist, der mag wieder gehen. Fürchtet man Unruhen, nun dann hat die Polizei einzutreten, welche ja dazu da ist.“ So wollte es der Manchestermann und so will er und seine Partei es von nun an bis in Ewigkeit. Das ist die „Freiheit“, die sie meinen. Der Senat war also mit seinem Antrage durchgedrungen; nun begann das Submissionsverfahren. Da hieß es denn, kommt her zu mir, die ihr baufähig und die ihr als Bauherren willens seid, euren eigenen Plänen und Prachtbauten Konkurrenz zu machen; baut billig, billig und seid nur diesmal mit einem einfachen Unternehmerrgwinne zufrieden. Doch siehe, niemand meldete sich bis zu dieser Stunde, niemand will dieser Staatshilfe theilhaftig werden, weil sie allen „zu gering“ ist. Lieber pocht man auf die andere „Staatshilfe“, genannt Polizei, Spezialconstabler und — ganz im Hintergrund — Infanterie, Cavallerie nebst Zubehör. Allein die Bauherren sind nicht allein schuld, heißt es, denn die Gesellen des Zimmer- und Maurergewerks streiken, wemgleich thatsächlich die Meister die Streiker sind. Für die Bauunternehmer ist unter solchen Umständen der Ausschluß ihrer Arbeiter ein willkommener Disablen, indem das grollende Kleinbürgertum seinen Zorn auf die Arbeiter entladet und die diesmal so zartfellige Schweichlerin „Staatshilfe“ in ihrer wahren Natur nicht zu erkennen vermag, ist doch das volkswirtschaftliche Wissen des Kleinbürgers — von Instinkt ganz abgesehen — nicht um ein Dots größer als seine wirtschaftliche Selbstständigkeit. Was nun überhaupt aus der wohnungsnothlichen Staatshilfe werden soll, nachdem die Bourgeoisie unter ihren Fittigen mitzuwirken verschmäht hat, das wissen die Götter. „Legt sie ad acta“, wird H. S. Herz rufen, „besser ist es, weiter zu sündigen, als nur einen Finger breit von den Grundstücken der wirtschaftlichen Freiheit zu vergeben.“ Bravo, antworten wir, denn schon Heine sagte: „Was einmal begraben ist, das kann nicht wiederkommen!“ Und wir hoffen noch viel mehr, als diese neueste Hamburger Staatshilfe mit ihrer kläglichen Phsygnomie, begraben zu sehen.

**Henz.** (Agitationsbericht.) Nur ungern entschloß ich mich, der Aufforderung des Parteiausschusses Folge zu leisten, meine gewöhnliche Beschäftigung eine Zeit lang aufzugeben und mich auf eine Agitationsreise zu verfügen. Alle meine Bedenken wußten aber vor der Einsicht zurückzuweichen, daß ein energisches Eingreifen aller vorhandenen Kräfte in den sozialistischen Kampf zur unbedingten Nothwendigkeit gehört; und so brach ich denn am 5. Juni nach Vörrach auf. „Doch als ich an Deutschlands Grenze kam, da wurde mir seltsam zu Muth.“ Fürwahr, wenn man längere Zeit in der Schweiz gelebt hat und nun plötzlich in Deutschland diese Massen von Fiedelhauben, Bajonetten, Säbel etc. erblickt, ergreift einen ein sehr beengendes Gefühl, welches bei mir nur allsahn schwand, als ich an jenem Tage in Vörrach zur privaten Besprechung ca. 100 Parteimitglieder fand, die mir einen deutlichen Beweis von der Fähigkeit der deutschen Arbeiter, bessere Zustände herbeizuführen, beibrachten.

Während ich nun am 5. und 6. Juni vor keiner sonderlich großen Anzahl Arbeiter sprach, hatte ich am 7. Gelegenheit, vor ca. 300 Arbeitern die sozialdemokratischen Grundsätze und Anschauungen zu entwickeln, was insofern von Erfolg begleitet war, als einige der Partei beitraten und auf den „Vollstaat“ abonnierten. — In Mannheim gewährte ich zuerst die ungeheure Schädigung, welche der Arbeiterbewegung durch den Allg. deutsch. Arbeiterverein zugefügt wird. Eine öffentliche allgemeine Volksversammlung konnte nicht abgehalten werden, weil diese von den Mitgliedern dieses Vereins ganz „unfehlbar“ durch Standalmachen gestört worden wäre. Ich sprach daher am 10. in einer Parteiverammlung, zu welcher jedoch auch Gäste Zutritt hatten. (Zuvor hatte ich am 9. Juni die lokale Gewerkschaft der Holzarbeiter kennen gelernt.) Die darauf folgende Diskussion gab einigen Mitgliedern des Allg. deutsch. Arbeitervereins Gelegenheit, ihren schauderhaften Fanatismus hervor zu kehren. Da hörte ich auch von einem jener „Kassalleaner“ zuerst die schreckliche Mähr, daß Joh. Ph. Becker aus Genf zu Mainz gesagt hätte, „man müsse den Allg. deutsch. Arb.-Verein mit Mistgabeln vertilgen“. Gar nicht übel. Unser rüstiger J. P. Becker, als moderner Herkules, die Mistgabel in der Hand und den Augiasstall des Schweizer-Hafenkloster'schen Vereins reinigend. — Die Mannheimer Freunde müssen durch besonnenes und energisches Vorgehen jenen Leuten unbedingt den Boden unter den Füßen fortziehen, denn so lange in der Arbeiterbewegung sich solche Elemente breit machen, ist an eine gesunde Entwicklung nicht zu denken.

Nach Speyer kam ich am 11. Juni. Die ersten Gegenstände, die ich dort bemerkte, waren eine zahllose Schaar Diener des Herrn, deren demüthendoll zur Erde gerichteten Augen und pechschwarze Kleidung einen grellen Kontrast gegen die Sonnenhelle des schönen Frühlingstages abgaben. Freund G. gab mir den „Speyerer Anzeiger“, — ich fing an zu merken, daß der Boden in Speyer ein schwieriger sei. Dies sah man auch an dem ganzen Verlauf der dort stattgehabten Versammlung. Nicht einmal bis ganz in den Saal hinein getrauten sich viele Arbeiter zu kommen. Das Auftreten des Redakteurs des „Sp. Anz.“, Wilhelm Koch ist, glaube ich, sein Name, trug wesentlich dazu bei, daß sich 20 Mann in die Parteiliste einzeichneten. Und doch bin ich der Meinung, daß ich einen Fehler beging, mich so viel mit diesem Redakteur beschäftigte zu haben; diese Sorte Menschen sind zu unwissend, als daß man an ihre Zeitungsprodukte in Arbeiterversammlungen nur einige Worte verschwendete. Speziell bei diesem Herrn W. Koch kam ich längst auf die Ursache, weshalb wir Sozialisten so giftig von ihnen angegriffen werden. — Sie ahnen es sehr wohl, daß im sozialistischen Staat andere Bildung als die ibrige zum Zeitungschreiben erforderlich sein wird; und ohne Fähigkeit, ein nur einigermaßen schwieriges Handwerk zu treiben, wird sich der ganze Pöbelhaufen „liberaler“ Zeitungsschreiber ge-

zwungen sehen, vielleicht eine Schuttpubergenossenschaft zu bilden, — vorausgesetzt, daß nach derselben Nachfrage einträte. — Die Freunde von Speyer werden den Einschüchterungsversuchen mit um so größerer Agitation entgegenzutreten müssen.

Den 12. Juni sollte in Landau Versammlung sein. Da aber der Genosse, an den ich adressirt wurde, schon längere Zeit von dort abwesend und demgemäß keine Versammlung anberaumt war, fuhr ich nach Neustadt a. d. S., wo ich die Bekanntheit einiger Männer machte und Vorbereitungen zu einer später stattfindenden Versammlung traf. Den 13. war Versammlung in Kaiserslautern, wo ich einen Kern von ebenso achtungswerthen als tüchtigen Parteigenossen antraf, die aber durch vermehrte Agitation den dort vorhandenen guten Boden ausbeuten und unsere in der damaligen Versammlung erzwungenen Vortheile benutzen müssen.

Von da machte ich den weiten Weg nach Vörrach zurück, wo am 14. Versammlung der Parteigenossen und am 15. Volkerversammlung unter freiem Himmel sein sollte. Leider erlaubte der dortige Amtmann, zärtlich besorgt um das Wohl und die Ruhe der Vörracher Philister, diese projektirte Versammlung nicht, obgleich die Thatsache dort gewiß bekannt ist, daß in keiner Lokalität eine solche taktvolle Ruhe und Anständigkeit herrscht, als in dem Gasthose „Zur Krone“, wenn die Parteigenossen dort Versammlung halten. Daß der „Witz“ diverser Amtmänner unsern schlagfertigen Parteigenossen niemals viel anhaben kann, ist bekannt. Die Vörracher setzten sich mit den nahegelegenen Basellern in Verbindung, und so wurde denn diese Versammlung auf Schweizerboden abgehalten. Wahrlich, zu eigenhümlichen Reflexionen wurde man getrieben, als man den schönen Anblick genoss, den städtischen Häusern der Vörracher Parteigenossen anrücken zu sehen. Binnen 10 Minuten füllte sich die Wiese mit ca. 2000 Männern und Frauen, vor denen ich unter mehrfachem Beifall unsere Prinzipien entwickelte. Ein heiner Regenguss machte der Versammlung nach zweistündiger Dauer ein Ende und man zog in größter Ruhe nach dem etwas leer gewordenen Vörrach, wo Abends in verkleinertem Maßstabe die Versammlung fortgesetzt wurde. — Daß die Agitation etwas genützt hat, beweist der Umstand, daß jetzt dort ca. 230 regelmäßig steuernde Parteigenossen und 100 Exemplare des „Vollstaats“ verbreitet sind.

In Waldshut, meinem nächsten Ziel, konnte ich wegen Adressenmangel nichts machen, hielt dagegen in Konstanz mehrere Versammlungen ab, über die schon Schröder berichtete. Der Redakteur der „Konst. Ztg.“, der mir in der ersten Versammlung entgegentrat, bildet von seinen sonstigen Kollegen insofern eine Ausnahme, als er sich jetzt meistens einer anständigen Sprache bedient.

Landau ist schwer zu bearbeiten, und konnte ich nur so viel erreichen, daß von einigen Männern jetzt auf den „Vollstaat“ abonniert wird. Könnte nicht von Konstanz aus nach dorthin etwas geschickt werden?

Mit einem Vorsalle und mit einer Charakteristik des „Tyranen von Rottenburg“, pardon von Ravensburg, beginne ich demnächst und bemerke für jetzt nur noch, daß auch im Elsaß die Arbeiter sich zu rühren anfangen, womit unsere Partei am meisten zufrieden sein kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß:  
Bern, 28. Juli. Der hiesige Schreinerverein, ein Glied des schweizerischen Arbeiterbundes, ersucht, alle Schreiner von Bern fernzuhalten, da seit dem 4. Juli in Folge Verwerfung unserer Forderungen die Arbeit eingestellt ist. Wir bitten zugleich, daß in allen zugänglichen Arbeiterblättern hiervon Notiz genommen wird. Mit Gruß  
Für den Schreinerverein in Bern, dessen Sekretär: R. Lips.

**Zur Aufklärung.**  
In Nr. 63 dieser Zeitung ist unter dem vom Ausschusse namhaft gemachten, mit ihren Parteisteuern im Rückstand befindlichen Mitgliedschaften auch „Färth“ und zwar rückständig seit März dieses Jahres aufgeführt. Da die hiesige „alte Mitgliedschaft“, gemäß ihrer Erklärung in Nr. 26 des „Vollstaats“ ihre Steuern laut Postausweisen vom 11. März für Januar, 17. April für Februar und März, 17. Juni für April und Mai und 27. Juli zugleich für Juni und Juli eingekandt hat, so kann in jener Bekanntgabe nur die seit dieser Zeit hier bestehende „neue Mitgliedschaft“ gemeint sein, was wir hiermit konstatiert sehen möchten.  
Färth, den 28. Juli 1873.  
Namens der „alten Mitgliedschaft“ zu Färth:  
Georg Bög.

**Briefkasten**  
der Expedition. Red. Königsberg: Erste Ann. 4 Gr., zweite 3 Gr. Ann. Götting. Speyer: Ann. kostet 2 Gr. Elberfeld, Arb.-Part.: Ann. kostet 8 Gr. S. E. Wldh. Stade: s. Abonn. 3. Qu. 16 Zhr. 20. A. Lchfgr. Lechhausen: Schrift 3 Zhr. 16. 4. P. Klthl. München: 15. Aug. — Dec. 2 Zhr. 5. Dnr. Elberfeld: Ann. 5 Gr., Schrift 2 Zhr. 13. 5. G. Hn. Göttingen: Ab. 14 Zhr. 25. 6. Agitationscom. hier: Ann. 1 Zhr. 5. Pf. Gelp. hier: Ab. 9 Zhr. 6. 5. Pres. hier: Ab. 11. G. Hfr. hier: Ab. Aug., Sept. 12 Gr. Zht. Ann. 5 Gr. Stenogr. Cl. d. Arb.-Bild.-Ver.: Ann. 4 Gr.  
der Redaktion: R. u. Sch. in Stuttgart: der Bericht aus Neustadt in Nr. 66 dürfte den Ibrigen erwidrig haben. D. S. in Bremerhafen: Wird aufgenommen. E. R. in Berlin: Die in Nr. 64 für die Weber in Berlin quittirten Posten von 28 u. 8 Zhr. sind vom Kassirer Gdlich an die Kommission der stinkenden Weber bereits abgesandt.

**Berichtigungen.**  
In der Uebersetzung des in Nr. 65 mitgetheilten Briefs der gefangenen Kommunekämpfer muß es in der ersten Spalte, im ersten Absatz heißen: „Unter dem Einfluß des Schreckens, der sich leichter vorstellen als entschuldigen läßt“ (anstatt: der leichter eingestößt als entschuldigt wird), und gleich darauf: „Paris in seiner traurigen (statt schmachtvollen) Lage“. Und in der folgenden Spalte, achter Absatz: „Man will ich auch mein (nicht: meine) Dreieinundzwanzig haben“ — schiefliches Wortspiel mit dem großen Revolutionsjahr.

**Für die freilenden Weber Berlins.**  
S. R. Uhlig, Apolda, 1 Zhr., v. Gräflicher Weberverein 2 Zhr.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Antheilscheine, bei Antheilquittungen erhielten ferner: in Rendsbürg E. G. 5 Zhr.; in Mainz B. J. 2m 2, 3b. 2m 1, R. 2ms 2, G. 2m 1, C. R. 1; in Leipzig D. Sch. 10, A. R. 10; in Lichtenstein G. R. 1. Gdlich.

**Quittung.**  
Aus Reichslan in Sachsen die Summe von Sechs Thaler durch Herrn Reichsch als Unterfägung der freilenden Weber dankend erhalten zu haben, quittirt hiermit. Berlin, 29. Juli 1873.  
Im Auftrage: Fr. Gierbing, Obermeister. (+)

**Anzeigen etc.**  
**Berlin** Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein. Versammlung Dienstag, den 5. August, Abends 8 Uhr: im Heise'schen Local, Landbergerstraße 15. — Tagesordnung: 1) Bertrag; 2) Verschiedene Vereinsangelegenheiten und neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Bevollmächtigte.  
**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Donnerstag, den 7. August, Abends 8 Uhr: große geschlossene Mitgliederversammlung im Meiser'schen Local, Landwehrstr. 11. 1) Wahl eines Delegirten zum Parteicongress; 2) Parteiangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. Karte legitimirt.  
(2a) A. Heinsch, Vertrauensmann.

**Braunschweig** Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft. Die Versammlungen finden jeden Mittwoch Abend regelmäßig bei Schellbach, alte Knochenhauerstraße 13 statt.  
(S.) Der Bevollmächtigte: C. S. Müller, Scharnstraße 22, II.

**Chemnitz** Internationale Gewerkschaft der Raurer und Zimmerer. Sonnabend, den 9. August, Abends 8 Uhr: erstes Stiftungsfest (Ball) im Saale zur „Stadt London“, wogu alle antwortigen Fach- und Gesinnungsgenossen freundlichst eingeladen werden. Das Comité. (2a)

**Elberfeld** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Aufolge Beschlusses des Rhein.-Westphäl. Arbeitertages werden die Mitglieder von Elberfeld, Barmen, Ronsdorf und Reviogis hierdurch dringend ersucht, sich Sonntag, den 10. August, Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn A. Kalders, Hauptstr. Brücke Nr. 12, Elberfeld, zu versammeln, um die Wahl eines Delegirten für den Nürnberg. Parteicongress vorzunehmen. Die Mitgliedsarten sind vorzuziehen. Im Auftrage der am 27. Juli stattgehabten Parteiversammlung: R. Diener, Vertrauensmann.  
Adresse des neuen Vertrauensmannes ist Bernhard Horn, Albrechtstraße Nr. 31, 2 Treppen hoch. (2a)

**Hamburg** Klempner- und Gasfittergehülfen wird zu jeder Tageszeit Arbeit nachgewiesen bei Herrn E. Schardt, Schoppenstraße Nr. 22, woselbst auch jede beliebige Auskunft über Beschäftigung, Arbeitsverhältnisse etc. ertheilt wird. Desgleichen sind daselbst die Lohnlisten einzusehen.  
Der Vorstand des Fachvereins der Klempner und Gasfitter. (3a)

**Königsberg in Pr.** Montag, 4. August, Abends 8 Uhr. Sozialdemokratische Mitgliederzusammenkunft im Kneipl. Gemeindegarten. Volksstaatabonnement zu 6 Gr. der Monat werden daselbst besorgt.

**Leipzig** Internationale Gewerkschaft d. Raurer u. Zimmerer. Dienstag, den 5. August, Abends 8 Uhr, bei Zeitler, Windmühlstr. Nr. 7. Tagesordnung: Gewerkschaftsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder. Das Erscheinen Aller ist dringend nothwendig. D. V.

**Mannheim** Das unentgeltliche Arbeiternachweisedureau des Schuhmachers in Mannheim befindet sich im Gasthaus Zur weißen Taube, I. 1, Nr. 9. Die Vermittlung findet fast Montags früh von 8 bis 11 Uhr, an den anderen Tagen Abends von 8 bis 9 Uhr. Genügende Auskunft zu anderen Zeiten ist durch die Freundschafft des Birthe garantiert; auch Schlafstellen bei demselben. Das Unions-Regimier dürfte auch Anderm empfohlen werden. Collegen allerorts fragt nach — Euch selbst und Ibr werdet nicht irre geben.

**Thonberg** Arbeiterverein Thonberg und Umgegend. Montag, d. 4. August: Versammlung in Gönzweber Restauration.  
Der Vorstand.

**Zwidau** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Unsere Mitgliederversammlungen finden bis auf weiteres jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, im Lokale der „Vollstalle“, bei Herrn Dogauer, statt. (S.) Der Vertrauensmann.

Allen Partei- und Genossenschaftsmitgliedern ein Lebewohl bei meiner Abreise nach New-York.  
Leipzig, den 31. Juli 1873.

**Friedrich Leipold.**  
Unsern werthen Lehrer und Freunde  
**Friedrich Leipold**  
bei seinem Weggange nach Amerika die herzlichsten Glückwünsche.

Stenographische Section  
im Arbeiter-Bildungsverein zu Leipzig.

**Aufforderung.**  
Alle Diejenigen, welche Lieberbücher oder andere Drucksachen von uns bezogen haben, werden hiermit aufgefordert, Zahlung sofort an uns einzusenden.  
Nicht verkaufte Lieberbücher erbitten wir uns gleichzeitig zurück, da wir anderweite Verwendung für dieselben haben.  
(2c) Die Expedition der „Chemnigher Freien Presse“.

**Genossenschaftsbuchdruckerei**  
zu LEIPZIG.  
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, dass die diesjährige Generalversammlung am Dienstag, den 26. August e., Mittags um 2 Uhr, zu Nürnberg stattfindet.

Die Tagesordnung derselben ist folgende: 1. Bericht des Vorstandes und des Verwaltungsrathes, sowie Rechnungslegung der Abrechnung; 2. Feststellung der Dividende, eventuell Bestimmung über die Verwendung des erzielten Reingewinns; 3. Feststellung eines Etats für die Verwaltung; 4. Wahl des Vorstandes; 5. Wahl des Ortes, an welchem der nächstjährige Aufsichtsrath seinen Sitz haben soll. — Die Mitglieder werden angefordert, entweder persönlich oder durch Stellvertretung an der Generalversammlung Theil zu nehmen. Laut § 18 des Statuts sind jedoch nur solche Mitglieder zur Abstimmung etc. berechtigt, welche mit ihren Beiträgen zu den Genossenschaftsantheilen nicht länger als drei Monate im Rückstand sind. Mitglieder, welche sich auf der Generalversammlung vertreten lassen wollen, haben sich an den Aufsichtsrath behufs Uebermittlung eines abgestempelten Vollmacht-Exemplars zu wenden. Wohl nur mehrere Mitglieder an einem Orte, so ist ihnen zu empfehlen, sich gemeinschaftlich die Vollmacht-Exemplare von untenstehender Adresse zu verschreiben.  
Hamburg, 14. Juli 1873.

**Der Aufsichtsrath:**  
(2b) Ed. Proy, Vors. Th. Yorck, Schriftf. I. Vorsitzen, Hof 13.

**Berichtigung.**  
Unter den Annoncenrestanten ist Limbach mit 6 Zhr. 12 Gr. irrthümlich angeführt, dieselben sind bereits bezahlt, ebenso von Göttingen 12 Gr.  
Leipzig: Verantw. Redakteur C. Casper. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.